

Niederschrift

über die 1.Tagung des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Stadt Haldensleben am 03.09.2019,
von 18:00 Uhr bis 19:50 Uhr, im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Kleiner Beratungsraum (Zi.123)

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Mario Schumacher

Mitglieder

Herr Burkhard Braune

Frau Sabrina Püschel

Frau Doris Trautvetter

Herr André Franz i.V. für Frau Roswitha Schulz

Herr Bodo Zeymer i.V. für Frau Anja Reinke

Abwesend:

Mitglieder

Herr Thomas Feustel – entschuldigt

Frau Anja Reinke – entschuldigt

Frau Roswitha Schulz – entschuldigt

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Antrag Bürgerbewegung HDL - Prüfung der derzeitigen Stellenbeschreibungen und Eingruppierungen aller Angestellten der Stadtverwaltung durch einen externen Gutachter - Vorlage: A-001(VII.)/2019
5. Angebot an Grundstückseigentümer im Sanierungsgebiet "Historischer Stadtkern" zur Ablösung des Ausgleichsbetrages vor Abschluss der Sanierung mit einem Abschlag von 5 % - Vorlage: 039-(VII.)/2019
6. Beschluss über die Entsendung eines Vertreters der Stadt Haldensleben in den Vorstand des Vereins KULTUR-Landschaft Haldensleben - Hundisburg e. V. - Vorlage: 040-(VII.)/2019
7. Mitteilungen
8. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

9. Förderung der Sanierungs-/Sicherungsmaßnahme Kirchturm St. Marien (Turmebenen 2-7)
Vorlage: 006-H(VII.)/2019
10. Antrag auf Stundung
Vorlage: 005-H(VII.)/2019
11. Mitteilungen
12. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil:

zu TOP 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher eröffnet die 1. Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses der VII. Legislaturperiode und begrüßt alle Anwesenden. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt sind 6 Ausschussmitglieder anwesend; der Ausschuss ist beschlussfähig. Stadtrat André Franz nimmt in Vertretung für Stadträtin Roswitha Schulz teil und Stadtrat Bodo Zeymer vertritt Stadträtin Anja Reinke. Stadtrat Thomas Feustel hatte sich zur heutigen Sitzung entschuldigt.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Damit gilt die Tagesordnung als angenommen und festgestellt.

zu TOP 3 Einwohnerfragestunde

Einwohner WA 1/03.09.2019 möchte wissen, warum Fördermittel aus dem Programm Soziale Stadt im vorigen Jahr für eine der zwei Baumaßnahmen nicht abgerufen wurden. Es gab die Baumaßnahme Ostergraben in Althaldensleben – hier wurden nachträglich Fördermittel beantragt. Warum wurden bei der Baumaßnahme den Bereich Rottmeister Straße/Schulstraße betreffend nachträglich keine Fördermittel beantragt?

Weiterhin möchte der Bürger wissen, wie oft die stellv. Bürgermeisterin die 50.000 €, die sie zur Verfügung habe, im vergangenen Jahr in Anspruch genommen hat?

Die stellv. Bürgermeisterin werde darauf schriftlich antworten.

Da von den Einwohnern weiter keine Anfragen gestellt werden, schließt Ausschussvorsitzender Mario Schumacher die Einwohnerfragestunde.

zu TOP 4 Antrag Bürgerbewegung HDL - Prüfung der derzeitigen Stellenbeschreibungen und Eingruppierungen aller Angestellten der Stadtverwaltung durch einen externen Gutachter
Vorlage: A-001(VII.)/2019

Als Einbringerin des Antrages trägt Stadträtin Doris Trautvetter die Beweggründe vor, die ihre Fraktion dazu veranlasst haben, den Antrag zu stellen.

Gespräche, die ihre Fraktion mit Mitarbeitern der Verwaltung geführt habe, zeigten, dass unter den Mitarbeitern eine relative Unzufriedenheit herrscht. Z.B. ist ein Kritikpunkt die Stellenbewertung. Wird eine Stelle neu ausgeschrieben, wird diese womöglich anders bewertet als vorher (höhere Entgeltgruppe bzw. niedrigere Entgeltgruppe als bisher). Gefühlt ist die Fluktuation größer als die 7 Mitarbeiter, die der Stellungsnahme der Verwaltung zu entnehmen ist. Es ist bedauerlich, dass aktuell zwei Mitarbeiter, die fachlich auf ihrem Gebiet Koryphäen gewesen sind, gekündigt haben. Es wurden keine Anstrengungen unternommen, diese zwei Mitarbeiter umzustimmen. Die Abläufe innerhalb der Verwaltung sind ihrer Fraktion nicht genau bekannt bzw. steht es ihrer Fraktion nicht zu, diese zu beurteilen, aber eine Verwaltung muss funktionieren und der Fachkräftemangel ist inzwischen nicht nur in den Unternehmen, sondern auch in den Verwaltungen zu spüren. Was ihre Fraktion auch verwundert, ist der Finanzbedarf für den externen Dienstleister, der mit 900,00 € netto /Stelle beziffert wird. Es gehe nicht darum, dass ein externer Gutachter die Verwaltung völlig neu strukturiert, dann wäre der Preis vielleicht gerechtfertigt. Vorrangig gehe es um die Beurteilung der neuen Stellenausschreibungen bzw. deren Bewertungen.

Für ihre Fraktion ist die Materie neu; sie haben jedoch die Empfindung, etwas tun zu müssen, damit die Verwaltung gut funktionieren kann und damit sich ausgebildete Fachkräfte bewerben, müssen lukrative Stellen ausgeschrieben werden, denn wie sich zeigt, sind fast die Hälfte der Mitarbeiter in einem Alter über 50 Jahre.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher hätte gern eine Aussage zu den Kosten, die in der Stellungsnahme mit 900,00 €/ Stelle = 224.910 € beziffert wurden.

Es wurde das Studieninstitut konsultiert und es liegen Angebote zur Stellenbewertung vor. Diese Kosten würden auf die Verwaltung zukommen, lautet die Antwort der stellv. Bürgermeisterin.

Seit Februar 2017 bemühe sich die Dienststellenleitung, die Stellenbewertungen zu überarbeiten. Es wurde die Stellenbewertungskommission installiert, es gibt eine Dienstanweisung wie verfahren wird und es wurde versucht, die Stellen sukzessive neu zu bewerten. Es wird keine Stelle ausgeschrieben, die nicht ordentlich bewertet ist. Wenn sich der Hauptausschuss mit Bewerbungen befasst, liegen immer die persönlichen Unterlagen und die Ausschreibung vor. Auf der Grundlage einer ordentlichen Stellenbeschreibung erfolgt die Ausschreibung, die in Zusammenarbeit mit Frau Nebel, dem Fachamt und dem Mitarbeiter vorbereitet wird – es ist keine Einzelentscheidung.

Stadträtin Sabrina Püschel interessiert, worauf der Antrag basiere. Haben sich ehemalige Mitarbeiter an die Bürgerbewegung gewandt?

Mitarbeiter der Stadtverwaltung haben sich an die Bürgerbewegung gewandt und geschildert, dass nach ihrem Weggang Stellen höher bewertet oder die Anforderungen herabgesetzt wurden. Im Detail stecke ihre Fraktion auch nicht, so wurde es durch Mitarbeiter kommuniziert, gibt Stadträtin Doris Trautvetter zur Antwort. Zudem ist ein ehemaliger Mitarbeiter der Kernverwaltung Mitglied ihrer Fraktion und durch dieses Wissen beurteilt die Bürgerbewegung durchaus Dinge kritischer.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher überträgt die Sitzungsleitung seinem Stellvertreter.

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass die Stellenbewertungskommission durchaus in der Lage ist, eine Bewertung vorzunehmen. Wie es die stellv. Bürgermeisterin erwähnte, werden seit 2017 die Stellen sukzessive neu bewertet. Sicher ist es legitim, in bestimmten Situationen einen externen Berater hinzuziehen, aber der Beschluss, wie ihn der Antrag vorsieht, sollte nach Meinung von Stadtrat Mario Schumacher in der Form nicht gefasst werden.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

Stadtrat Bodo Zeymer regt an, dass künftig bei einer Neueinstellung bekannt gegeben wird, wie die Stelle bewertet wird und wie sie bisher bewertet war.

Das kommt auf den Einzelfall an, das lässt sich nicht generell auf alle Stellen übertragen, merkt die stellv. Bürgermeisterin Sabine Wendler an. Zu den 57 Stellen, die in der zurückliegenden Zeit bewertet wurden, muss sie sagen, dass die Bewertung sehr viel Kraft gekostet und zu vielen Diskussionen innerhalb der Verwaltung geführt hat. Sie sehe den Antrag zweigeteilt. Die Überprüfung der Stellenbeschreibungen und Eingruppierungen halte sie einerseits nicht für notwendig, andererseits würde es Vieles erleichtern, weil die Meinung eines Externen eher Akzeptanz bei den Mitarbeitern findet.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher ruft den Antrag in der Form, wie er gestellt wurde, zur Abstimmung auf.

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschuss stimmen dem Antrag der Bürgerbewegung HDL auf Prüfung der derzeitigen Stellenbeschreibungen und Eingruppierungen aller Tarifbeschäftigten der Stadtverwaltung durch einen externen Gutachter zu.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 2 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen
Damit ist der Antrag nicht empfohlen.

zu TOP 5 Angebot an Grundstückseigentümer im Sanierungsgebiet "Historischer Stadtkern" zur Ablösung des Ausgleichsbetrages vor Abschluss der Sanierung mit einem Abschlag von 5 % - Vorlage: 039-(VII.)2019

Stellv. Bauamtsleiterin Monique Fabian stellt die Beschlussvorlage vor. Es handelt sich um ein Angebot an die Grundstückseigentümer im Sanierungsgebiet „Historischer Stadtkern“. Die Eigentümer haben mit dieser Beschlussfassung letztmalig die Möglichkeit, die Ausgleichsbeträge mit einem Abschlag von 5 % im Rahmen einer Vereinbarung vor der bestehenden Schlussabrechnung der Sanierung im Jahre 2020 abzulösen. Von Vorteil wäre, dass diese finanziellen Mittel wieder für die Stadtsanierung verwendet werden könnten.

Stadträtin Sabrina Püschel regt an, dass in der Presse bzw. auf der Internetseite dafür geworben werden soll, dass die Grundstückseigentümer letztmalig die Gelegenheit haben, die Ausgleichsbeträge mit einem Abschlag von 5 % vorzeitig abzulösen.

Nach der Beschlussfassung im Stadtrat wird die Öffentlichkeit umfassend über den Sachverhalt informiert. Es ist auch im Interesse der Stadt, dass möglichst viele Grundstückseigentümer das Angebot nutzen, so Frau Fabian.

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses empfehlen einstimmig dem Stadtrat, dass den Eigentümern von Grundstücken im Sanierungsgebiet „Historischer Stadtkern“, die den Ausgleichsbetrag für sanierungsbedingte Bodenwertsteigerungen noch nicht entrichtet haben, die Möglichkeit der vorzeitigen Ablösung gem. § 154 Abs. 3 Satz 2 BauGB mit einem Abschlag von 5 % angeboten wird, zuzustimmen.

zu TOP 6 **Beschluss über die Entsendung eines Vertreters der Stadt Haldensleben in den Vorstand des Vereins KULTUR-Landschaft Haldensleben - Hundisburg e. V.**
Vorlage: 040-(VII.)/2019

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses empfehlen einstimmig dem Stadtrat, der Entsendung von Frau Doreen Scherff als Vertreterin der Stadt Haldensleben in den Vorstand des Vereins KULTUR-Landschaft Haldensleben-Hundisburg e.V. für die Dauer der Wahlperiode 2019 - 2021 zuzustimmen.

zu TOP 7 **Mitteilungen**

Stellv. Bürgermeisterin Sabine Wendler teilt mit, dass die Stadträte bereits schriftlich informiert wurden, dass es eine Klage zur Kommunalwahl gibt.

zu TOP 8 **Anfragen und Anregungen**

Stadtrat Bodo Zeymer hat dem Stadtanzeiger entnommen, dass sich eine Firma aus dem Gewerbegebiet „Südhafen“ zurückgezogen hat. Um welches Unternehmen handelt es sich?

Stellv. Bürgermeisterin Sabine Wendler macht darauf aufmerksam, dass sie auf die Frage im öffentlichen Teil keine Antwort geben werde.

Stadtrat Bodo Zeymer setzt seine Anfragen fort. In einer Pressemitteilung der Johannes Schulstiftung steht, dass Haldensleben keine freien Schulen mehr bauen wolle. Was ist mit der geplanten freien Schule für Haldensleben?

Es gab Gespräche mit der Johannes Schulstiftung und der Edith-Stein-Schulstiftung. Die Johannes Schulstiftung ist nach wie vor am Standort Haldensleben interessiert. Beide Schulträger haben sich zu einer Kooperation entschlossen und möchten mit den übrigen Schulen eng zusammenarbeiten, gibt die stellv. Bürgermeisterin zur Antwort.

Des Weiteren, so Stadtrat Bodo Zeymer gab es eine Anfrage im Landtag. Da wurden alle Kommunen aufgezählt, die sich ihre Stadt- und Kreisbibliotheken fördern lassen. Die Stadt Haldensleben war nicht darunter. Lt. Auskunft vom Landesverwaltungsamt hat Haldensleben keine Förderung beantragt.

Im städtischen Haushalt wird in jedem Jahr eine Förderung geplant, es werden in jedem Jahr Fördergelder beantragt und die Stadt Haldensleben erhält in jedem Jahr eine Förderung, argumentiert die stellv. Bürgermeisterin.

Eine weitere Frage aus dem Landtag, die Stadtrat Bodo Zeymer vorträgt, betrifft den Haushalt der Kommunen. Dem Papier ist zu entnehmen, welche Kommunen ihren Haushalt genehmigt bekommen haben und welcher Haushalt beanstandet wurde. Bei der Stadt Haldensleben steht für das Jahr 2019:

- beschlossen - ja;
- Ergebnishaushalt - ja
- Ausgleich Finanzhaushalt - ja
- Haushalt beanstandet - nein - Das stimme nicht, der Haushalt wurde beanstandet, so Stadtrat Bodo Zeymer.
- abschließend geprüfte Eröffnungsbilanz - ja

Die Eröffnungsbilanz ist aus dem Jahre 2012, antwortet die stellv. Bürgermeisterin. Die Erhebung, auf die sich Stadtrat Bodo Zeymer bezieht, ist ihr nicht bekannt; sie kenne nur die Erhebung vom Landesrechnungshof.

Der Haushalt ist beschlossen und durch die Kommunalaufsicht genehmigt worden. Es wurden lediglich Hinweise gegeben, eine Beanstandung hat es nicht gegeben. Wäre der Haushalt beanstandet worden, hätte die Verwaltung tätig werden müssen.

gez. Mario Schumacher
Ausschussvorsitzender

Protokollantin

